

freie Meinungsäußerung wiederherzustellen. Eine Nation, die mündig sein will, muß auch oppositionelle Meinungen zulassen können. Uns scheint wichtig, daß man unterscheiden lernt zwischen der Opposition, die systematisch Gewalt anwendet, und jener, die von demokratischen Kriterien und Prinzipien ausgeht und als kritisches Element jeder menschlichen Institution unerlässlich ist. Der letzten muß im Interesse des Gemeinwohls und der sozialen Ordnung die Freiheit gewährt werden, ihre Meinungen und Motive öffentlich darzulegen.“

Aus dieser Sicht müsse sich die Kirche in Brasilien heute notwendig von einer Reihe Regierungspositionen distanzieren. „Wir wissen sehr wohl, daß einzelne und Gruppen, über deren Absichten uns kein Ur-

teil zusteht, die Stellung der Kirche geschwächt haben. Wir haben es mit zwei extremen Haltungen zu tun. Auf der einen Seite stehen Gruppen unseres Katholizismus, die so wichtige und ernst zu nehmende Dokumente wie die des Konzils und der Gesamtlateinamerikanischen Bischofskonferenz als Stimme der Kirche ablehnen und den Rückzug der Kirche in eine mißverständene Spiritualität verlangen. Auf der anderen Seite werden die gleichen Dokumente zur Legitimierung der politischen Radikalisierung mißbraucht.“

„Ruhig und fest“ weisen die Bischöfe „die verallgemeinernden Beschuldigungen zurück — jene, die besagt, die Kirche in Brasilien sei Hüterin des Status quo und unempfindlich gegenüber den Problemen unseres Volkes, und jene konträre, die

unterstellt, die Kirche fördere den Umsturz“. Sie möchten „alle Katholiken stärken, die unter Opfern und trotz Verständnislosigkeit innerhalb und außerhalb der Kirche, der Versuchung und dem Druck beider Extrempositionen widerstehen und hellhörig gegenüber den Grundbedürfnissen unseres Volkes und treu den Weisungen der Kirche, aufrichtig Gott und Brasilien zu dienen suchen“.

Nur ein Klima der Wahrheit, könne eine „mündige Beziehung zwischen Kirche und dem Staat“ ermöglichen. Aufgabe der katholischen Christen, die in der Regierung und den Planungsorganen mitarbeiten, muß es sein, eine ganzheitliche Politik in Brasilien anzustreben, „in der der Mensch Mittelpunkt der Sorge und Ziele ist“.

Vorgänge und Entwicklungen

Die neue Linke in der SPD

Die SPD sieht sich zehn Jahre nach der Verabschiedung des Godesberger Programms, mit dem sie den entscheidenden Schritt von der Klassenpartei zur Volkspartei machte, vor Probleme gestellt, die sich aus einer Renaissance des Marxismus in den Kreisen ihrer jungen Anhänger und nicht nur bei ihnen ergeben. Der SPD-Bundestagsabgeordnete *Kl.-P. Schulz* sieht in diesem Vorgang gewisse Parallelen zu der innerparteilichen Opposition der sogenannten „Jungen“, jener „lebensgefährlichen Randerscheinung“, die vor 80 Jahren die deutsche Sozialdemokratie stark beunruhigte und von August Bebel mit konsequenter Härte überwunden wurde (Deutsche Sozialdemokratie, ein Name und ein Programm, in: „Die neue Gesellschaft“, März/April 1970, S. 219 ff.). Er schreibt: „Auch gut zehn Jahre nach Godesberg ist die SPD an der Peripherie noch anfällig für utopische Parolen, die nicht ein Rezept unter anderen zur Abstellung gesellschaftlicher Übel, sondern das Rezept schlechthin anpreisen. Wird diese Peripherie ernstlich mit den ‚kritischen Fragestellungen der APO‘ infiziert, wie das seit einigen Monaten mit allen Mitteln versucht wird, so entsteht daraus durch zwangsläufige Publizität ein öffentliches Ärgernis, das sich weit über seinen Ursprungsherd hinaus fortpflanzen muß. Zwar wird der im Kern nach wie vor gesunde Organismus der deutschen Sozialdemokratie auch mit dieser Anfechtung wie mit unzähligen anderen in der Vergangenheit fertig werden, aber auf Kosten ihrer Anziehungs- und Ausstrahlungskraft, wenn nicht endlich unter Preisgabe einer falschen, allmählich dümmlich anmutenden Liberalität eine entschiedene Grenze aufgerichtet wird, die es mit letzter Entschlossenheit zu verteidigen gilt.“

Aus diesen Worten klingt sehr deutlich die Sorge heraus, daß die SPD durch das eine breite Öffentlichkeit allmäh-

lich beunruhigende Wiederaufleben marxistischer Ideen ihre gerade mühsam errungene politische Führungsposition in der Bundesrepublik Deutschland verlieren könnte. Und diese Sorge ist nicht unberechtigt. Gut informierte Beobachter registrierten die neuen Tendenzen allerdings schon seit 1965. Die Bundeskongresse der Jungsozialisten, der Jugendorganisation der SPD, brachten 1965, 1967 und 1968 jeweils einen deutlichen, wenn auch in seinen inneren und äußeren Auswirkungen noch begrenzten Ruck nach links. (In dieser Entwicklung spielten sicher auch geistige und personelle Einflüsse aus dem Bereich der APO eine Rolle, die ja im übrigen aus sehr unterschiedlichen Gründen und in verschiedener Dichte bis in liberale und christdemokratische Gruppierungen hinein spürbar wurden.) Aber in allen diesen Jahren konnte man auch in den Kreisen der sogenannten Alt-Linken, die seit Godesberg den Verlust ihrer politischen Heimat beklagen, Vorgänge beobachten, die deutlich zeigten, daß marxistisches Denken in der SPD keineswegs ausgestorben ist. Vor den Bundestagswahlen 1969 wurde diese ganze Entwicklung jedoch mit geschickter Regie aus taktischen Gründen sowohl von den Jungsozialisten als auch von der SPD immer wieder verdeckt. Dabei kam ihnen auch eine in bourgeoisen Kreisen weitverbreitete, mit einer gehörigen Portion Wunschenken verbundene Auffassung entgegen, nach der die gesamte SPD allen sozialistischen Ideen abgeschworen habe.

Mehr Einfluß seit München

Deutlicher in den Vordergrund traten die linken Tendenzen mit dem Bundeskongreß der Jungsozialisten im Dezember 1969 in München. Spätestens hier wurde klar, daß es den Linken, die zehn Jahre konsequente Kaderpolitik

innerhalb und außerhalb der SPD betrieben hatten, nicht mehr darum ging, in der Partei den einen oder anderen Akzent anders zu setzen und die Partei in einigen Punkten zu reformieren. „Hier ist eine Gruppierung zum Kampf angetreten, die die Partei umdrehen will. Hier geht es nicht mehr um das bisher gewohnte Auftreten einer mit der Märtyrerpose wehleidig kokettierenden, isolierten Minderheit, sondern um die Frage, wer morgen die Mehrheit hat. Diese selbstbewußte Zielsetzung wird seit kurzem von der ‚Linken‘ offen ausgesprochen.“ So schrieb der ehemalige Bundessekretär der Jungsozialisten, *E. Eichengrün*, in einer vertraulichen Denkschrift „Zur Lage der Jungsozialisten“, die im Februar 1970 bekannt wurde. In dieser sehr gründlichen und interessanten Analyse der neuen Linken in der SPD heißt es an anderer Stelle: „Die ‚Linke‘ ist keineswegs einheitlich strukturiert. Es gibt dort theoretisch fundierte Marxisten, studentische Aktionisten, frustrierte ‚Alt-Linke‘, aber auch Sozialdemokraten, die wegen organisatorischer oder politischer Konflikte verbittert sind. Kräfteverhältnisse lassen sich nur schwer abschätzen. Die Führungsrolle der Orthodoxen ist jedoch unbestritten. Entsprechend unterschiedlich ist auch die Betonung der ideologischen Komponente. (Ganz abgesehen davon, daß diese Frage heute stärker bildungsabhängig ist als früher.) Auf jeden Fall läßt sich feststellen, daß der Zug zur marxistisch getönten Analyse und langfristigen Gesamtplanung, also zur *Re-Ideologisierung* von Theorie und Praxis, vorherrscht. Der Partei (und vor allem ihrer Führung) wird vorgeworfen, sich an Gesellschaft und vorherrschendes Bewußtsein angepaßt und den Willen zur umwälzenden sozialistischen Veränderung der Gesellschaft aufgegeben zu haben.“

Dieser Vorwurf bildet denn auch die Basis, auf der die Linken aller Schattierungen ein Bündnis eingehen können. Dieses Bündnis hat sich bereits bei mehreren Gelegenheiten in den vergangenen Monaten bewährt. So bei der „Machtübernahme“ dieser Kräfte in den Unterbezirken Frankfurt/Main und München und im Bezirk Südbayern. So auch beim Ausbau linker Positionen in einer Reihe anderer Bezirksorganisationen. Eichengrün stellte bereits zu Beginn des Jahres fest, daß die Jungsozialisten schon in 6 der 22 Bezirksorganisationen der SPD als formierte Fraktion eine entscheidende Rolle spielen. Inzwischen hat sich dieser Trend noch verstärkt. In der vierzehntägig erscheinenden Zeitschrift „Express International“, die von der Gesellschaft für Forschung und internationale Kooperation auf dem Gebiet der Publizistik e. V. mit Sitz in Frankfurt/Main herausgegeben wird und die sich zum Ziele gesetzt hat, die linken Kräfte in der SPD zu fördern, konnte man im Mai eine Zwischenbilanz lesen. Stolz wird dort unter anderem verkündet, daß es in Niedersachsen gelungen sei, den Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, *E. Franke*, sowohl im Bezirk Hannover als auch im SPD-Landesauschuß für Niedersachsen, in dem die vier niedersächsischen SPD-Bezirksverbände koordiniert werden, als Vorsitzenden abzusagen und durch den linken Politologen Prof. *P. von Oertzen* zu ersetzen. In Niedersachsen sorgten linke Kräfte auch dafür, daß der frühere Landtagspräsident und gegenwärtige Innenminister *Lehmers* bei der Kandidatenaufstellung für die Landtagswahl in Hannover-Linden gegen den Betriebsratsvorsitzenden *Orzykowski* unterlag. Orzykowski war früher verantwortlicher Redakteur des KPD-Blattes „Wahrheit“ und ist erst 1964 von der illegalen KPD zur SPD übergetreten. In Hessen vermochten die Jungsozia-

listen in den letzten Wochen bei der Kandidatenaufstellung für die hessischen Landtagswahlen im Herbst 1970 eine erstaunliche Zahl ihrer Kandidaten durchzubringen und dabei eine ganze Reihe altverdienter, „rechter“ Genossen zu verdrängen. „Express International“ schreibt zu diesen Vorgängen: „Insgesamt zeigt sich also: die Basis der progressiven Kräfte in der SPD verbreitert sich allmählich. Die neue Achse Kiel-Hannover-Frankfurt-München zeigt, daß die jahrelange Isolierung von Hessen-Süd und auch Schleswig-Holstein der Vergangenheit angehört. Noch spürt man davon nicht allzuviel auf Bundesebene, mit Ausnahme der Gruppe junger Abgeordneter im Bundestag, die sich seit den letzten Wahlen in der Fraktion Gehör zu verschaffen suchen“ („Express International“, 4. Mai 1970).

Bei der Gruppe junger Abgeordneter handelt es sich um etwa 30 Parlamentarier. Zu ihnen gehören unter anderem der rheinland-pfälzische Landtagsspitzenkandidat *W. Dröscher*, der IG-Metall-Funktionär *Matthöfer*, der in der Anti-Notstandskampagne besonders hervorgetreten ist, und die Abgeordneten *Engholm*, *Wichert*, *Schlaga*, *Sperling*, *Zander*, *Krockert*, *Hansen*, *Walkhoff*. Eichengrün schreibt in diesem Zusammenhang: „Die Bemühungen der JS-Linken, eigene Bundestagskandidaten durchzubringen, waren diesmal [1969] zwar heftig, bis auf wenige Fälle jedoch nicht erfolgreich. 1973 werden diese Bemühungen noch heftiger, koordinierter, vor allem aber auch erfolgreicher sein.“ „In vier Jahren wird es so sein, daß mindestens die Hälfte der Bundestagskandidaten der SPD bei ihrer Nominierung auf die Unterstützung der Jungsozialisten angewiesen sein wird“, so prophezeite der stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungsozialisten *v. d. Vring*.

Welche Ziele?

Die Ziele der neuen Linken sind relativ deutlich abgesteckt. Ihnen schwebt ein sozialistisches Modell à la Jugoslawien vor. In der Eichengrün-Denkschrift heißt es dazu: „Die Haltung zum Kommunismus ist ambivalent. Einerseits wird die Demokratie als konstitutives Element des Sozialismus unterstrichen, Bürokratismus und Zentralismus des Kommunismus werden kritisiert: auf der anderen Seite wird der zentrale Widerspruch von Kommunismus und Sozialismus geleugnet und die Zusammenarbeit mit den kommunistischen Parteien und Gewerkschaften in Westeuropa gefordert. Außenpolitisch und gesellschaftspolitisch wird noch nicht einmal ein „Dritter Weg“ verfolgt, der zu Kapitalismus und Kommunismus den gleichen Abstand hielte. Die Außenpolitik hat nicht mehr die frühere Bedeutung, die Entspannung soll hauptsächlich die Voraussetzungen für innenpolitische Veränderungen in Westdeutschland schaffen. Das gesellschaftspolitische Verhältnis zum Kommunismus läuft letzten Endes auf Schönheitsoperationen am Leninismus hinaus.“ Innenpolitische Veränderungen erhoffen sich die Linken zum Beispiel durch eine radikale Besteuerung der Großvermögen und hohen Einkommen sowie durch die Einrichtung eines Vermögensfonds zur Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben, der aus Gewinnabgaben der Unternehmer gebildet werden soll. Die paritätische Mitbestimmung, die in ihrer Agitation eine bedeutende Rolle spielt, sehen sie aber nach den Worten des Bundesvorsitzenden der Jungsozialisten, *K. Voigt*, nur als ein Übergangsstadium an, „in welchem nach unserer Auffassung Arbeiter

und Angestellte die Leitung des Betriebs erlernen, damit sie ihn in einer späteren Phase ganz übernehmen können.“ In dem Beschluß des Bundeskongresses der Jungsozialisten vom Dezember 1969 zu Fragen der Vermögensverteilung findet sich folgende bemerkenswerte Passage: „Eine auf individuelle Vermögensbildung ausgerichtete Politik dient lediglich der Verschleierung des antagonistischen Widerspruchs zwischen kollektiver Produktion und individueller Aneignung. Die Fülle der auf dem katholischen Subsidiaritätsprinzip basierenden individualistischen Pläne von Häussler- bis Burgbacher-Plan ist von den wirtschaftlich Mächtigen dieser Gesellschaft entworfen worden, um auf die arbeitende Bevölkerung ‚die erzieherische Kraft des Eigentums‘ (Adenauer, Höfner, v. Nell-Breuning) wirken zu lassen, in erster Linie jedoch, um eine Vermögensverteilung zu verhindern.“

Die neue Linke konzentriert sich zunächst auf die Partei. Durch sie hindurch will sie ihr „systemveränderndes“ Konzept auf die Gesellschaft übertragen. Auf diesem Wege ist sie, wie ihre Sprecher auf einer Pressekonferenz während des SPD-Bundesparteitages in Saarbrücken ausführten, durchaus bereit, bestimmte Kompromisse zu schließen. Nach welcher generellen Taktik aber verfahren werden soll, zeigt ein Zitat aus einem internen Papier, das 1969 in Berliner Jungsozialistenkreisen entstanden ist und sich in der Eichengrün-Denkschrift findet: „Die Themen, die die Jungsozialisten in die Diskussion der SPD hineinbringen, werden aufgrund der Möglichkeit, durch sie innerparteiliche Konflikte zu entfachen, ausgesucht. Zur *Strategie des begrenzten Konfliktes* und der permanenten Verunsicherung des Parteiapparates (‚das Establishment durcheinanderwirbeln‘) kommt das gezielte Dauerfeuer auf einzelne Exponenten der Politik der Partei. Motto: ‚Ein geschaffter Rechter in der SPD ist wirkungsvoller als ein brennendes Springer-Auto‘.“ Dieses Zitat macht deutlich, welche tiefen Beziehungen zwischen der neuen Linken in der Partei und der APO bestehen und daß Unterschiede am ehesten in der Taktik zu suchen sind, insofern als die neue Linke stärker auf Effektivität abhebt. Wie das in der Praxis aussieht, wurde zu Beginn des Jahres in Frankfurt durchexerziert, wo der Parteitag mit Zweidrittelmehrheit der SPD-Fraktion und dem sozialdemokratisch geführten Magistrat befahl, den bei den Linken verhassten Polizeipräsidenten *Littmann*, selbst Sozialdemokrat und wegen seiner „zivilen Haltung“ häufig gelobt, „schnellstmöglich“ abzulösen. Der Unterbezirksvorsitzende Möller stützte diese Aktion mit der sehr bedenklichen These: „Wir bilden die Gesetzesmäßigkeit der Verwaltung.“ Als in der Öffentlichkeit ob solcher Thesen und Praktiken Kritik laut wurde, erklärte Möller, er verstehe das Unbehagen in der Öffentlichkeit nicht, „wenn die Partei ihren Führungsanspruch geltend macht. Das sind doch keine Pressionen, sondern legale Vorgänge.“

Die Vorfälle in Frankfurt, aber auch Aktionen in München, Heidelberg, Hannover und Herford weisen darauf hin, daß die kommunalpolitische Ebene ein besonderer Agitationsschwerpunkt für die neue Linke ist. Eichengrün schreibt dazu: „Neben der Vertretung radikaler politischer Forderungen unter dem scheinheiligen Motto ‚Zurück nach Godesberg‘ und konsequenter Personalpolitik wird . . . konkrete Arbeit auf kommunalpolitischer Ebene stehen. Das ist oft die schwächste Stelle der Partei! Die Zeiten, in denen sozialdemokratische Kommunalpolitiker glaubten, daß rebellische Jungsozialisten zu sehr

mit Vietnam und Notstand beschäftigt seien, als daß sie ihnen selber gefährlich werden könnten, sind vorüber. Massenaktionen, wie der ‚Rote Punkt‘ in Hannover, werden Schule machen. Der Konflikt zwischen Jungsozialisten und Partei wird immer mehr zentralen und lokalen Charakter annehmen.“ Die Zielrichtung aller dieser Aktionen faßte der Bundesvorsitzende der Jungsozialisten Voigt in der Losung zusammen: „Jeder Schritt, der in Stadt, Land, Bund und Partei getan wird, muß als Schritt zum Sozialismus getan werden.“

Begrenzte Erfolge in Saarbrücken

Auf dem Bundesparteitag der SPD in Saarbrücken vermochten sich die linken Kräfte trotz intensiver Vorbereitung und aktiven Einsatzes nur wenig durchzusetzen. Das lag neben offensichtlichen taktischen Ungeschicklichkeiten der Linken vor allem an dem Blockwahlsystem, das bei der Delegiertenwahl für den Parteitag praktiziert wurde, und an der Regie des Vorstandes auf dem Parteitag, mit der zu deutliche linke Tendenzen jeweils blockiert wurden. Die Jungsozialisten und die mit ihnen verbundenen Kräfte wollen sich aber dadurch nicht entmutigen lassen. Sie wissen, daß sie die Partei nicht kurzfristig nach ihrem Konzept ummodellieren können. Ihnen geht es auf der Bundesebene zunächst darum, deutlich zu machen, daß sie die Konfrontation bewußt suchen und Alternativpositionen formulieren, die eine *qualitative Neuorientierung* der Partei verheißen, der später auch eine quantitative Veränderung folgen kann. Dieses langfristig angelegte Konzept steht unter der selbstbewußten Parole: „Wir sind die SPD der 80er Jahre.“ Diese Parole übt auf die Parteiloyalen Suggestivkraft aus, gibt den Linken Selbstvertrauen und macht manchen karrierebewußten Funktionär oder Mandatsträger kompromißbereit, wie Eichengrün in nüchterner Einschätzung der Situation bereits zu Beginn des Jahres geschrieben hat. Und immerhin erreichten die Linken auch in Saarbrücken gewisse Erfolge, z. B. mit der Auflockerung des gerichtsnotorisch undemokratischen Blockwahlsystems, mit der Durchsetzung des Sonderparteitages 1971 über eine Reform der Vermögens- und Steuerpolitik und mit dem Beschluß, nach dem in Zukunft Tarifverträge abgeschlossen werden können, die eine Besserstellung gewerkschaftlich organisierter Arbeitnehmer gegenüber Nichtorganisierten vorsehen. Durchsetzen konnten sie auch einen Beschluß zur Neufassung des Paragraphen 49 des Betriebsverfassungsgesetzes, nach der die Friedenspflicht für den Betriebsrat entfiel und der Einfluß der Gewerkschaften auf das betriebliche Geschehen wesentlich verstärkt würde. Angenommen wurde auch ein Antrag von Hessen-Süd, im Paragraphen 76 des Betriebsverfassungsgesetzes „eine Öffnungsklausel für weitergehende Regelungen der Arbeitnehmervertretung im Aufsichtsrat durch tarifliche Vereinbarungen“ vorzusehen. Dieser Beschluß hat wohl zur Zeit keine große Chance zur Verwirklichung, weil ihm eine ganze Reihe gesetzlicher Bestimmungen entgegenstehen, aber er verdeutlicht sehr trefflich die vorhandenen Sozialisierungstendenzen.

In diesen wichtigen Fragen und einigen anderen mehr fügte die Linke dem Parteivorstand Abstimmungsniederlagen zu. Sie bestimmte mit ihren Sprechern auch über weite Strecken das Bild der Diskussion dieses Parteitages und sorgte dafür, daß sich der Parteivorstand nach einem Wort von *J. Steffen*, dem SPD-Landesvorsitzenden von

Schleswig-Holstein, an den linken Rand der Mitte gegeben hat. Das zeigte sich zum Beispiel in der Art und Weise, wie Bundesfinanzminister *Alex Möller* in seinem Schlußwort zum vieldiskutierten Thema konfiskatorische Einkommens- und Vermögenssteuer Stellung nahm. Er erklärte sich zwar gegen eine Enteignung über die Steuer, machte aber andererseits die genauere Grenzziehung in dieser Frage vom „politischen Gestaltungswillen des Gesetzgebers und damit von den politischen Mehrheitsverhältnissen“ abhängig. Mit anderen Worten: Die Grenze verläuft dort, wo die Mehrheit der Partei sie gezogen haben will. Das wäre eine bemerkenswerte *Maxime*. Kann man bei ihr noch darüber rätseln, ob sie nicht vielleicht nur als eine verbale Verbeugung vor den Linken in der Partei gedacht war, so ist bei der folgenden Äußerung, die Alex Möller an den Schluß seines Referates in Saarbrücken stellte, allerdings jeder Zweifel ausgeschlossen: „Es kommt darauf an, bei allen Schwierigkeiten, die vorhanden sind und die wir durchaus erkennen, unser sozialdemokratisches Ziel nicht aus den Augen zu verlieren, *die gesellschaftliche Situation jedes Menschen in unserer Zeit nach unserem Leitbild zu gestalten.*“ Hier wird der Anspruch erhoben, das gesellschaftliche Leben jedes einzelnen Menschen mit politischen Mitteln nach einem einheitlichen Zielbild auszurichten und damit über die Politik tief in das menschliche Leben einzugreifen. Hinter diesem Anspruch steht eine Auffassung vom Menschen, die diesen, so hat man den Eindruck, nicht so ak-

zeptieren möchte, wie er ist und wie er sein will, sondern so, wie er nach dem Willen einer bestimmten Partei sein soll. Eine solche Auffassung müßte aber in letzter Konsequenz die politische Freiheit des Staatsbürgers leugnen, seine Personenwürde empfindlich verletzt und einer ideologisch monolithischen Gesellschaftsordnung Vorschub leisten. Es mag sein, daß Alex Möller das nicht bedacht hat, als er seine Äußerung tat. Er muß sich aber darüber im klaren sein, daß er mit ihr den Verdacht geweckt hat, daß auch in der gegenwärtigen Führungsspitze der SPD eine gewisse Tendenz zur Re-Ideologisierung dieser Partei vorhanden ist. Dieser Verdacht wird durch *Herbert Wehners* sehr interpretationsbedürftige Sozialismusformel noch verstärkt, die er ebenfalls in Saarbrücken prägte: „So viel Sozialismus wie nötig, um Demokratie für alle zu verwirklichen. So viel Sozialismus wie möglich, ohne die Demokratie für alle zu ersticken.“ Voll verständlich wird diese Formel wohl erst werden, wenn die SPD ohne Koalitionsrücksichtnahmen allein regieren kann. Einen gewissermaßen augenzwinkernden Hinweis für diesen Zeitpunkt hat Herbert Wehner immerhin gegeben, als er gelegentlich erklärte, daß das Godesberger Programm die SPD an nichts hindere, wenn sie einmal an der Macht sei (*W. Hoffmann*, Genossen, setzt die Signale, „Die Zeit“, 8. 5. 70). Sollte künftig ein derartiges Denken Strategie und Taktik der SPD bestimmen, so hätte die neue Linke in ihr durchaus reelle Chancen.

Zur Imagekrise des Volksschullehrers

Die Not der Schule und die Notwendigkeit ihrer Reform sind bildungspolitisches Thema Nummer eins nicht nur in der BRD. Von der Vorschule bis zur Hochschule liegt zwar nicht alles und jedes im argen, aber das meiste befindet sich im Übergang oder erweist sich als reformbedürftig. Die didaktischen Methoden müssen weiterentwickelt werden, wenn sie auf die berufliche und humane Bewältigung der hochtechnisierten Zukunft vorbereiten wollen. Die Schulorganisation bedarf der Differenzierung und größeren Beweglichkeit, um einerseits differenzierten Bildungsansprüchen, auf der anderen Seite dem beruflichen Angebot durch Wirtschaft und Verwaltung gerecht zu werden. Die Ausstattung der Schulen ist mangelhaft; und nicht zuletzt: es gibt zu viele Schüler und immer noch zu wenig Schulen, zu wenig Klassenräume und vor allem — zu wenig Lehrer.

Zahlen und Postulate

Schon 1952 machte die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in einem Flugblatt mit dem Titel „Tatsachen, die zu denken geben“ die Öffentlichkeit auf das Problem des *wachsenden Lehrermangels* nachdrücklich aufmerksam. Dieses Flugblatt veranlaßte die SPD-Bundestagsfraktion im November 1952, in einer „Kleinen Anfrage“ der damaligen Bundesregierung die Frage zu stellen, welche Maßnahmen sie zur Behebung dieses Lehrermangels zu treffen gedenke. Die Bundesregierung gab die Frage im Einklang mit dem Verfassungsrecht an die Kultusminister der kulturautonomen Länder ab. Erst im Dezember 1962, als die Untersuchungen des Ettlinger Kreises zum „Problem des Lehrermangels an Volksschulen

in den Ländern der Bundesrepublik“ bekannt wurden, war eine Dringlichkeitsstufe erreicht, welche die Ständige Konferenz der Kultusminister (KMK) veranlaßte, eine eigene Sitzung zum Thema Lehrermangel einzuberufen. Das aufrüttelnde Ergebnis, das diese überraschende Aktivität der Kultusminister veranlaßt hatte, lautete: Für das Jahr 1970 sei ein Defizit von 84 000 Volksschullehrern zu erwarten. Die Kultusministerkonferenz setzte eine Kommission ein, die Vorschläge zur Verhinderung dieser drohenden Entwicklung machen sollte. Der erste Bericht der Kommission (Februar 1963) bestätigte die Ergebnisse des Ettlinger Kreises und empfahl als wichtigste Maßnahme eine gezielte Aktivität zur Verbesserung des Lehrerberufsbildes in der Öffentlichkeit.

Dazu sei es nötig, die *Arbeitsbedingungen* der Lehrer außerordentlich zu verbessern. Die GEW hatte bereits im Dezember 1962 der KMK detaillierte Vorschläge für eine solche Verbesserung der Arbeitssituation des Lehrers unterbreitet. Die Hauptforderung: „Eine sichtbare, geradezu sensationelle Heraushebung des Lehrerberufes in der Besoldungsordnung muß einen verstärkten Anreiz bieten, besonders bei Fortdauer der Vollbeschäftigung . . .“ (nach *K. Bungardt*, Lehrermangel 1969, in: „Die Deutsche Schule“, 11/1969, S. 739 f.). Seit 1962 hat die Konferenz der Kultusminister eine Reihe von empirischen Untersuchungen der Ursachen des Lehrermangels in Auftrag gegeben. Allgemeines Ziel dieser Untersuchungen war es, *Berufswahlmotive* und Einstellungen zum Lehrerberuf bei verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu ermitteln, um wirksame werbepsychologische Maßnahmen treffen zu können. Eine kurze Zusammenfassung dieser Erhebungen und den darauf aufbauenden gutachtlichen